

Kommentare
Trash Science Watch
„No future“-Generation

Beiträge
Symbol Parlament

Gespräch mit Rudolf Burger

Kritik
Österreichisches Lateinamerika-Institut
Bushnell, The Making of Modern Colombia
Dressel/Novy, 5 X Wien

Inhaltsverzeichnis

- 4 **Editorial**
- Kommentare**
- 5 *Trash Science Watch*
Clemens Mosch
- 7 *Einige Gedanken zur „No future“-Generation*
Raimund Kremlicka
- Beiträge**
- 10 *Das Symbol Parlament als rekonstruierte Vergangenheit*
Gerhard Dabringer
- 31 *„weil die Tröstungen der Geschichte für ein endliches Wesen eigentlich ein Talmi sind“*
Gespräch mit Rudolf Burger
geführt von Alessandro Barberi und Anton Tantner
- Forschungseinrichtungen**
- 53 *Österreichisches Lateinamerika-Institut*
Alexander P. Springer
- Rezensionen**
- 57 *David Bushnell, The Making of Modern Colombia. A Nation in spite of itself*
Alexander P. Springer
- 60 *Gert Dressel/Katharina Novy, 5 X Wien. Lebensgeschichten 1918 – 1945*
Anton Tantner

völkerverbindende Funktion „zugrundezulegen“, wurden Materialien aus beinahe allen Kronländern verwendet. Das Bauwerk sollte durch das Baumaterial das Zusammenwirken sämtlicher im Reichstag vertretenen Kronländer symbolisieren. Die Verwendung österreichischen Steinmaterials z. B. sollte die Einheit der österreichischen Monarchie sowie deren Stärke und Festigkeit versinnbildlichen. Die Zuschreibung von Symbolik an das Material verstärkt somit die Gesamtaussage des Parlamentsbaus, der somit nicht nur durch Allegorie, sondern auch durch Symbolik wirkt.⁵⁴ Joseph Greuter hat diese Absicht eindeutig in folgendem Zitat ausgedrückt:

„[...]Ich glaube, wenn irgend ein Bau in Österreich das Recht in Anspruch nehmen kann, von einem patriotischen Abgeordnetenhaus, daß es aus österreichischem Stein gebaut werde, so ist es das Parlamentshaus in Wien [...] selbst die Steine sollen beweisen, daß es ein einheitliches Österreich gibt, fest zusammengefügt von den Steinen des Reiches. [...] Wenn auch der Tiroler Marmor etwas theurer kommt, dafür hält er mehr Sturm und Wetter aus, weil dies auch beim Tiroler Volke der Fall ist. [...]“⁵⁵

Dadurch, daß das Parlamentsgebäude aus Material erbaut wurde, das aus der Monarchie stammte, erlangt es metonymischen Charakter, steht als Teil der Monarchie für die Monarchie selbst – und weniger für den Parlamentarismus der Monarchie. Hier wird die bereits erwähnte Anbindung an die monarchische und damit unwandelbare Ordnung Österreichs noch deutlicher. Das Parlament erscheint somit nicht als geschaffene Institution, sondern als natürliche Institution, die keiner Rechtfertigung mehr bedarf.

⁵⁴ Vgl. Brozek, politische Architektur, S. 110.

⁵⁵ Zit. nach: Brozek, politische Architektur, S. 110-111.

**„weil die Tröstungen der Geschichte für ein endliches Wesen
eigentlich ein Talmi sind“
Gespräch mit Rudolf Burger**

*geführt von Alessandro Barberi und Anton Tantner
am 15. Jänner 1996, Wien*

ZEITRAUM:

Geschichte war für Sie eine „nutzlose Leidenschaft“. Ihre letzten Schriften geraten jedoch zu seitenlangen historischen Abhandlungen, die zur Legitimation eines EU- bzw. NATO-Beitritts dienen sollen.¹ Die Funktion, die der Geschichtsschreibung damit eingeräumt wird, ist eine traditionelle, nämlich eine legitimatorische. Kann die Historiographie nicht auch dazu dienen, das von Ihnen eingeforderte „Einüben in Entfremdung“ zu bestärken?

Rudolf Burger:

Des einen Legitimation ist meistens des anderen Delegitimation. Sie haben recht, doch Ihr Statement, daß ich legitimatorische Geschichtsschreibung betreiben würde, trifft mich unvorbereitet. Worauf Sie sich beziehen, war die Zuhilfenahme historischer Argumente zur Begründung einer kontroversiellen politischen Position. Wenn ich jetzt auf den angespielten Aufsatz „Vae neutris!“ eingehen darf. Als im Frühjahr '94 die Frage des EU-Beitritts debattiert wurde, ging es in der Vorbereitung des Referendums um politische Entscheidungen und Argumente. In diesem Zusammenhang habe ich notwendigerweise historisch argumentiert. Damit habe ich eine bestimmte Position legitimiert. Ich habe damit aber im gleichen Zug versucht, die Gegenposition zu delegitimieren. Wenn man das Wort „Geschichtsschreibung als Legitimation“ verwendet, ohne näher anzugeben, was legitimiert wird, so ist das natürlich ein schwerer Vorwurf der Ideologieproduktion. Die Frage ist also, was legitimiert man und was delegitimiert man. Ich versuche, eine schlechte

¹ Vae neutris! Determinanten der europäischen Integration in österreichischer Perspektive. In: In der Zwischenzeit, S. 9-28.

österreichische Tradition zu delegitimieren. Hier muß ich sinnvoll abweichen: Mir ist, unter anderem bei den Debatten um den EU-Beitritt, kraß bewußt geworden, daß in Österreich ein außenpolitisches Denken sehr selten zu finden ist. Wir haben zwar, auch in der gehobenen Journalistik, außenpolitische Berichte und massiv vorgetragene moralische Beurteilungen politischer Geschehnisse in der Welt. Aber mit einem politischen Denken unter Rückbezug auf österreichische Interessen und Politik hat das nichts zu tun. Wenn Sie sich etwa den letzten Wahlkampf ansehen, so wurde er geführt wie in einem Bundesland und nicht wie in einem unabhängigen Staat, denn Außenpolitik war überhaupt kein Thema. Es stehen in diesem Land außenpolitisch einige wichtige Entscheidungen an. Es geht um die schlichte Frage: Wie ist es möglich, einen Neutralitätsstatus im Rahmen eines „Staatenverbundes“ aufrechtzuerhalten, der deklariert für eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik steht? Ich glaube schon, daß unsere Juristen diesen Begriff der Neutralität vielleicht so weit dehnen werden, daß es möglich ist, sich unter NATO-Kommando an den Aktionen von Interventionstruppen zu beteiligen und man trotzdem sagt: „Wir sind neutral!“. Ich sehe das als eine gefährliche Entwicklung an, weil für einen Kleinstaat mit exponierter Geographie ein wesentliches Interesse an der Rechtssicherheit in den internationalen Beziehungen besteht.

ZEITRAUM:

Sie formulieren Ihre Forderungen in „österreichischer Perspektive“ und wollen „staatspolitische Maximen“ entwickeln. Warum formulieren Sie in österreichischer Perspektive? Warum versuchen Sie anstelle der Politiker zu denken? Anders gefragt: In Ihrem Artikel „Kriegsgeiler Kiebitz“² haben Sie noch darauf hingewiesen, daß die französische Diplomatie den Österreichern bescheinige, sie wären „entschlossen, am Balkan bis zum letzten Franzosen zu kämpfen“. Jetzt scheinen Ihre Positionen selbst die eines Diplomaten oder Staatsmanns geworden zu sein. Ist diese weltbürgerliche Attitüde noch mit der Position klassischer Gesellschaftskritik vereinbar?

² Kriegsgeiler Kiebitz oder der Geist von 1914. In: Überfälle, S. 36-42. Zuerst erschienen in: profil, Nr. 33/1992.

Rudolf Burger:

Was das „Warum?“ und die Motive betrifft, würde ich zunächst einmal sagen: Weil es mir Vergnügen macht, bestimmte Sachen zu problematisieren und durchzudenken, weil mir in mancher Hinsicht auch die Provokation ein Vergnügen macht, und weil genau das, was konventionell erscheint, in einem bestimmten Diskurszusammenhang die Provokation schlechthin ist. In staatspolitischen Kategorien zu denken – und das sind Realkategorien – ist in einer bestimmten Form in unserem linken politischen Diskurs fast schon tabuisiert. Es wird in allgemeinen Kategorien der Menschlichkeit argumentiert und es werden permanent Begriffe erweitert. Ich weiß nicht, ob das mit der Politik begonnen hat. Aber es gab die Erweiterung des Politikbegriffs über staatliches Handeln oder das Handeln von Staatsapparaten hinaus. So etwa mit der aus der 68er-Bewegung herauskommenden Parole „Auch das Private ist politisch!“. Man kann alles politisieren, das ist schon richtig. „Das Politische ist“, und da stimme ich provokativ einem klassischen rechten Theoretiker, nämlich Carl Schmitt, zu, „kein Sachbereich sondern eine Intensität“. Aber das heißt nicht, daß immer alles politisch ist. Und das heißt vor allem auch nicht, daß es wünschenswert ist, daß immer alles politisch ist.

ZEITRAUM:

Sie haben sich in Ihren Schriften wiederholt von Geschichtsphilosophie, Teleologie und Fortschrittsgläubigkeit distanziert. Wir sind aber der Ansicht, daß diese in Ihren Argumenten immer wieder aufblitzen: Sie zählen die Staaten der EU zu den progressivsten Teilen der Welt; die Geschichte hat sich für die rechte Hegel-Auslegung entschieden, ein „partieller Rückfall auf frühere, primitivere Stufen des Sozialen ist sehr wohl möglich“.³ Demgegenüber wäre etwa Michel Foucaults Interesse für die iranische Revolution damit erklärbar, daß hier eine Gesellschaft errichtet wurde, die eben nicht als „Rückfall“ ins „Mittelalter“ zu begreifen ist, sondern als ein modernes, zukünftiges Modell einer europäischen Gesellschaft betrachtet werden kann. Man kann dabei an einen

³ In der Zwischenzeit. Libertärer Liberalismus – das Problem als Lösung? In: In der Zwischenzeit, S. 29-44, hier S. 39.

„Fundamentalismus“ à la Haider oder Gingrich denken. Die kritisierte Kausalität der Geschichtsphilosophie gerät Ihnen mit dem Primitivitätsmotiv unter der Hand zum Argument. Wie lösen Sie diese Widersprüche?

Rudolf Burger:

Soweit ich das sehe, sind diese Widersprüche keine logischen. Wenn ich mich auf der einen Seite gegen „die Geschichtsphilosophie“ kritisch ausgesprochen habe, so ist es wahr, daß ich dabei selber geschichtsphilosophisch zu argumentieren versuche. Das ist ein Widerspruch. Nur, der Punkt ist aus meiner Sicht der: Ich verwende die Kategorie der Geschichtsphilosophie nicht im Sinn einer Reflexion über Geschichte. Sei das die Methodologie der Historie, sei das, wie Odo Marquard einmal sagt, die „Weisheit weiser Historiker“. Sondern ich meine damit eine bestimmte Form der politisch gewendeten Geschichtsphilosophie, die so etwas wie ein Telos in der Geschichte verspricht, das dem historischen Prozeß immanent sei, und das verspricht, daß die Geschichte nach dem Durchgang durch eine schwere Krise, nach DER Revolution letztlich auf einen versöhnten, erlösten Zustand hinstrebt. Man findet das in fast allen Varianten der klassischen, „eschatologischen Geschichtsschreibung“. Jener Begriff, nachdem die Geschichte letztlich ein objektiver Prozeß sei, dessen Gesetze man vielleicht erkennen könne, und die man dann als erkannte reflexiv auch wiederum auf diesen Vorgang rückspielen könne, trägt enorme logische Probleme mit sich. Aber dieser Begriff hat insbesondere in der marxistischen Linken eine ganz große Rolle gespielt. Diese geschichtsphilosophische Gedankenformation ist letztlich ein Säkularisat biblischer, jüdisch-christlicher Heilslehren. Dieser Glaube an Geschichte oder diese Überzeugungskraft von Geschichte, diese Bestimmtheit des Denkens durch eine geschichtsphilosophische Konzeption, die finden Sie bei den bedeutendsten Köpfen dieses Jahrhunderts. Insbesondere bei den marxistischen Dissidenten. Gegen diese Form eines Fortschrittsmechanismus wende ich mich sehr. Daß heißt nicht, daß ich mir damit die Möglichkeit aus der Hand schlagen lasse zu sagen: „Es gab in der Geschichte“, wie wichtig das jetzt für den einzelnen in seiner radikal endlichen Existenz sein mag: „Es gab in der Geschichte so etwas wie einen Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit“, wie

Hegel das sagt. Und es ist nicht gleichgültig, ob ich eine Gesellschaft vor Augen habe oder in Ihr lebe, die eine Sklavenhaltergesellschaft, oder eine Gesellschaft mit feudalen Prärogativen, oder eine bürgerlich-liberale Gesellschaft ist. Was ich sage, ist, daß die westeuropäischen Länder mit Massendemokratie und Verfassungsstaat auf Basis einer kapitalistischen Ökonomie das Beste sind, was zur Zeit zu haben ist. Das beste im Sinne der Freiheit des Individuums, in dem eben nicht alles politisch ist, sondern in dem möglichst wenig in seinem Leben politisch ist.

ZEITRAUM:

Unsere Frage beinhaltete aber auch, ob das Hantieren mit dem Fortschrittsbegriff und der Opposition „progressiv-primitiv“ nicht wesentliche Analysemöglichkeiten verstellt, die sich sowohl auf Gesellschaften als auch auf das Politische selbst anwenden ließen. Ist es doch ein Grundproblem, daß radikale, konsequente Fortschrittskritik zu einer „apolitischen“ Position führt, da der politische Diskurs von einem Optimismus der Veränderung getragen wird.

Rudolf Burger:

Politisches Denken hängt auch – um noch einmal Odo Marquard zu zitieren – von dem Wissen ab, daß es keine Nicht-Verschlechterungsgarantie gibt, daß also auch jede Veränderung zu einer Verschlechterung führen kann. Wobei man sich klar sein muß: Verbesserung wovon? Die Realgefahr unseres politischen Denkens besteht in der Verabsolutierung der an sich berechtigten Kritiken an den Lebensformen hochindustrialisierter, kapitalistischer Länder. Man sieht, wie Hegel sagen würde, die „Rose im Kreuz der Gegenwart“ nicht mehr. Um auf Foucault zurückzukommen: Es hat sicherlich viele Gründe gegeben, die iranische Revolution zu begrüßen, insbesondere wenn man sich ansieht, was dort vorher passiert ist. Aber ich habe Foucault schon vorher in einem Aufsatz vorgeworfen, daß er eigentlich nicht mehr weiß, was ein Staat ist.⁴ Daß

⁴ Die luziden Labyrinth der Bourgeoisie. Zum Begriff der Macht bei Michel Foucault. In: Vermessungen, S. 11-43. Zuerst erschienen in: Kriminalsoziologische Bibliographie. H. 19-20/1978 (5. Jg.), S.60-82.

er über der Mikrophysik der Macht die Makrophysik vergessen hat. Er hat sich auf die Analysen der Details der Disziplinarmechanismen eingelassen und diese in faszinierend, leuchtend, düsteren Farben beschrieben, wobei er nie wirklich ein Urteil fällt. Er hat diese Mechanismen durch seine Darstellungsweise und seine enorme stilistische Kraft denunziert. Wenn Sie heute Foucault wiederlesen, insbesondere „Überwachen und Strafen“, dann könnte man sagen: „Das Leben ist schlimm, aber ist die Durchsetzung der Freiheitsstrafen und die Abschaffung der Folter, ist das nicht so enorm wichtig, daß man zwar sagen kann, die Disziplinargesellschaft schreitet fort, aber daß man darüber nicht vergessen darf, welche Freiheit diese Gesellschaft dem einzelnen garantiert.“ Foucault hat hier den Finger auf ein sehr ernstes Problem der zunehmenden Reglementierung unserer Gesellschaft gelegt. Mit anderen Worten hat auch Norbert Elias vor ihm schon dieses Moment der Disziplinierung erkannt. Auch Max Weber war diese bewußt. Foucault vergißt jedoch über die Aufregung, über die Kritik dieser Reglementierung, daß das Ganze doch zugleich auch eine wesentliche Durchsetzung von Freiheitspotential im menschlichen Leben war. Das ist die eine Seite. Die andere Seite: Diese Diagnose, daß in der Geschichte doch ein „Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit“ und damit der Realfreiheit war, darf nicht als Sinngebung verwendet werden. Man darf das nicht utopisch wenden und selbst wiederum zu einem geschichtlichen Absoluten machen. Dagegen wendet sich meine Kritik an der eschatologisch gewendeten Geschichtsphilosophie. Erstens, weil ich glaube, daß ein solcher befreiter Zustand in den Terror führt. Zweitens, weil die Tröstungen der Geschichte für ein endliches Wesen eigentlich ein Talmi sind; weil die Geschichtsphilosophie auch die Funktion hat, den eigenen Tod und die eigene Endlichkeit zu verdrängen.

ZEITRAUM:

Jenseits der Ansicht, daß Geschichtsphilosophie oder Geschichtstheorie immer auch Trauerarbeit ist, würden wir doch gerne noch einmal bei der Problematik des Staates ansetzen. Die marxistische Staatstheorie, und Sie haben diese in Ihren 1978 formulierten Fragen an Foucault wie-

der aufgerichtet,⁵ hat den Staat als Substanz, als Leviathan gedacht. Dies wirft Probleme auf, die gerade in staatspolitischer Hinsicht virulent sind. Das von Ihnen angespielte „Freiheitsmoment“ der Aufklärung ist für viele ja genau deshalb nicht mehr affirmierbar, weil es die bei Ihnen wiederkehrende Opposition von Zivilisation und Barbarei mit sich führt, die bei radikaler Fortschrittskritik aufgehoben werden müßte. Wie meinen Sie also mit solchen Oppositionen arbeiten und gleichzeitig Teleologiekritik betreiben zu können?

Rudolf Burger:

Sie werden mir zustimmen, es ist eine Banalität, wenn ich sage: „Kein Denken ist voraussetzungslos.“ Es ist insbesondere nicht voraussetzungslos an bestimmten historischen Erfahrungen, die unthematisiert in das theoretische Denken oder das Reagieren auf theoretische Konstrukte eingehen. Ich beschränke mich jetzt einmal auf die Erfahrungen nach '45. Ich würde meinen, daß zwei ganz wesentliche Erfahrungen die jüngeren Intellektuellen bestimmt haben. Das war durch das ungeheure Grauen des Nationalsozialismus in zweierlei Hinsicht gegeben. Erstens hinsichtlich des „Rückfalls in die Barbarei“, ein Wort, das ich für einen ausgesprochenen Euphemismus halte. Es war die Erfahrung eines entfesselten Leviathan in Verbindung mit einem der schlimmsten Greuel der Geschichte, wofür Auschwitz als Metapher steht. Und es kam eine zweite Erfahrung dazu, insbesondere unter österreichischen und deutschen Intellektuellen. Es gab eine Aversion, in Kategorien der Staatstheorie zu denken, weil der Staat das Böse war und weil er innerhalb der Polarisierung des kalten Krieges als Subjekt gar nicht vorhanden war, noch dazu in einem Land wie Österreich. Das hat zu einer im Grunde genommen abstrakten Moralität geführt und zu einer Entpolitisierung des politischen Denkens. Das ist meine stark vorgetragene These. Diese Erfahrungen mit dem Staat als Verbrecher legte in der Linken, z. B. bei Foucault, große Sympathien mit letztlich anarchistischen Ansätzen nahe. Die Frühzeit der Staatstheorie hat die Erfahrung des schwachen

⁵ Vgl.: Statt eines Interviews. In: Kriminalsoziologische Bibliographie. H. 19-20/1978 (5. Jg.), S.1-16. (Gemeinsam mit Michael Pollak, Wolfgang Stangl und Heinz Steinert).

Staates und des Bürgerkriegs gehabt. Der Erfahrungshintergrund in der politischen Theorie des 17. Jahrhunderts, bei Thomas Hobbes und Spinoza, ist der europäische Bürgerkrieg. Ich würde meinen, daß selbst der Rationalismus des 17. Jahrhunderts eine ganz wesentliche Voraussetzung in den Religionskriegen hat. Die Präferenzierung des mathematischen Denkens zum Beispiel. „More geometrico“ schreibt Spinoza seine Ethik. Die „mathesis universalis“, das ist das Erkenntnisideal von Descartes bis Leibniz. Meine Vermutung ist die, daß es das mathematische Denken war, das gewissermaßen zwingend ist, weil man einer mathematischen Schlußfolgerung oder einer mathematischen Ableitung zustimmen muß, egal ob ich Protestant oder Katholik oder Jude bin. Daß gerade das Abstrakte die Menschen verbindet, und nicht das Lob des Konkreten. Und soetwas vergißt sich in der Geschichte. Schon im 18. Jahrhundert wird es sentimental und wir sind nach '45 auch sehr rasch wieder sentimental geworden und vergessen gewisse Gefahren. Wenn man sich politische und gesellschaftliche Prozesse nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums, nach dem Ende des kalten Krieges ansieht, so ist das Erstaunlichste für mich, trotz des Bürgerkriegs in Tschetschenien, trotz des Bürgerkriegs in Ex-Jugoslawien, trotz der Krisenherde an der Krim und in Zentralasien usw., wie vergleichsweise gewaltlos und still dieses Imperium zusammengebrochen ist. Und wie wenig gewalttätig – bis jetzt – die Konsequenzen waren. Aber immerhin, sie waren regional beschränkt sehr gewalttätig und lokalisiert waren sie von äußerster Bestialität. Sie haben sich nur nicht globalisiert und wirklich ausgeweitet. Aber die Erfahrung, daß die Gesellschaft nicht das Gute ist und das Volk nicht das Gute ist und der Staat nicht von vornherein das Böse ist, daß ist eine Erfahrung, die wir jetzt erst gerade dabei sind zu machen. Eine Erfahrung, die das 17. Jahrhundert sehr wohl hatte. Es kannte den „bellum omnium contra omnes“. Und das sind aber Erfahrungen, die Teile unserer Linken schon vergessen hatten. Niemand wußte mehr, wie dunkel die Nacht ist.

ZEITRAUM:

Sie haben an einer Stelle den Staat ethymologisch vom lateinischen „status“ abgeleitet.⁶ Ist das nicht verkürzt, da ein solcher substantieller und statischer Begriff daran vorbeizieht, wie komplex und schwierig die Staatstheorie sich gestalten kann?

Rudolf Burger:

Ja, ich habe das im Zusammenhang mit der EU-Integration getan. Das heißt für mich nicht, daß der Staat sich nicht verändert. Ich habe dieses Element des Statischen innerhalb einer ungeheuer dynamischen Gesellschaft betont. Dieses ist notwendig, um gesellschaftliche Verlaufsformen zu garantieren. Das ist die Idee eines Rechtsstaates. Unsere jüngeren Erfahrungen berechtigen uns eigentlich ziemlich wenig, sich über bestimmte sehr skandalisierte Formulierungen der Hegelschen Rechtsphilosophie lustig zu machen, wenn er sagt: „Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee“. Ich glaube, daß wir in vielen Dimensionen eine Erosion von Staatlichkeit beobachten können. Das geht bis in die Alltagspraxen, bis in den Umgang von Journalisten mit Politikern. Das geht bis zum Hinaufrufen eines Bundeskanzlers am Abend in die ZiB 2, dort darf er zwei Worte sagen, dann schicken sie ihn wieder heim. Diesem Prozeß der Erosion von Staatlichkeit stehe ich nicht sehr sympathisierend gegenüber. Weil die Frage ist, „Was kommt danach?“ und „Was entsteht hier?“. Seit fünfzehn Jahren ist überall die Deregulierung unterwegs, als ob sich alle vom staatlichen Korsett, von diesem Zwangsapparat befreien müßten. Als ob es nicht um ganz andere Probleme ginge.

ZEITRAUM:

Springen wir zu einem anderen Thema, nämlich zu der von Ihnen oft verwendeten Geschlechtsmetaphorik. Sie sprechen zum Beispiel von einer „Reifungskrise“ der österreichischen Nation, die, bleibt man in Ihrer Terminologie, auch als eine Geschlechtsumwandlung vorzustellen wäre, weil ja nicht nur die „Selbstinfantilisierung“ beendet wird, sondern auch die „Selbsteffeminierung“. Die gereifte Nation wäre dann eine normali-

⁶ *Vae neutris!* In: In der Zwischenzeit, S. 20

sierte Nation.⁷ Daher ist die Behauptung, Sie würden „normal“ mit „männlich“ gleichsetzen, eine der möglichen Schlußfolgerungen. Die zweite Sache, an der man diesen Umstand festmachen kann, wäre Ihre Definition der Skepsis, welche Sie als gewollte „Selbstentmannung des Geistes“ bezeichnen.⁸ Hat radikales, seine Konsequenzen reflektierendes Denken für Sie wirklich ein männliches Geschlecht?

Rudolf Burger:

Nein. Diese Geschlechtsmetaphorik habe ich nicht erfunden, ich habe sie vorgefunden. Aber gleich zu dem ersten. Zur Metapher vom „Reifungsprozeß der österreichischen Nation“: Nun behaupte ich tatsächlich, daß Österreich sich ideologisch als erstes Opfer einer nazistischen Pleonexie-Politik darstellt. Als harmloses oder unschuldiges Opfer. Es ist aber nie wirklich gefragt worden, welche Konsequenzen es hat, wenn man diese Metapher weiterdenkt. Österreich ist das Opfer einer Vergewaltigung, und es war wirklich so. Ich formuliere ja nur das aus, was als Bild dargestellt wird. Das kleine Land, das unschuldige Opfer, das vom starken männlichen Deutschland vergewaltigt wird und dadurch zu seiner wahren Identität findet. Und das, meine ich, führt tatsächlich zu einer ideologischen Effeminierung des ideellen Nationalcharakters und das kritisiere ich.

ZEITRAUM:

Wir bestreiten nicht, daß es eine ideologische „Selbsteffeminierung“ gegeben hat. Unsere Kritik setzt dort an, wo Sie die „Reifungskrise“ und damit die „Männlichwerdung“ der österreichischen Nation als „Normalisierung“ bezeichnen und diese begrüßen.

Rudolf Burger:

Also innerhalb dieser Metaphorik wünsche ich mir ein entspanntes Geschlechterverhältnis, ohne das eine im anderen auflösen zu wollen.

⁷ Die Zeit der Reife. Zum Abschluß der österreichischen Nationsbildung. In: In der Zwischenzeit, S. 45-56.

⁸ In der Zwischenzeit. In: In der Zwischenzeit, S. 36.

ZEITRAUM:

Aber dieses Moment wäre doch auch mit der „Militarisierung“ kurzzuschließen, die Sie laut Vorbemerkung Ihrer letzten Publikation an sich selbst bemerkt haben? Warum finden Sie bei dieser Selbstmilitarisierung nicht die Skepsis und Distanz, die Sie sonst so oft fordern?

Rudolf Burger:

Das habe ich nicht so erlebt. Vielleicht haben Sie recht. Ich glaube, man muß hier verschiedene „Ebenen“ – verzeihen Sie mir diese Floskel – unterscheiden: Das eine ist, eine grundsätzlich skeptische Position einzunehmen, das heißt, zu versuchen, auch eine Gegenposition stark zu machen und nicht dogmatisch zu werden, um es ganz salopp zu sagen. Skepsis ist so etwas wie das Zaudern als Methode, aber das heißt nicht, daß Sie sich nur in die Epoche, in die Urteilsenthaltung flüchten. Auch Montaigne war Berater von Heinrich von Navarra, dem späteren Heinrich IV. Wenn ich aufgefordert werde, oder wenn ich mir selber das Problem stelle, versuche ich mir darüber klar zu werden, wie die Lage ist, was Sache ist, dann vergesse ich zunächst einmal, daß mir so etwas wie Skepsis als Ideal vor Augen steht. Sonst müßte man schweigen oder man verдумt. Das sind zwei Dimensionen, oder zwei „Ebenen“, wie Sie wollen.

Nun zur Militarisierung: Auf dieses Problem wurde ich durch die Realentwicklung intellektuell aufmerksam gemacht. Ein abstrakter Pazifismus war in Österreich als Haltung eine durchaus mögliche Position und die hat auch vielleicht in bestimmten Protesten einen Sinn gehabt. Österreich ist in gewisser Weise '55, das ist emphatisch formuliert, aus der Geschichte ausgetreten. Es ist kein Zufall, daß gerade an österreichischen philosophischen Instituten die Philosophie des post-histoire und der Postmoderne so eingeschlagen hat. Was ein Lyotard nur als kleine Broschüre⁹ für die Regierung in Quebec geschrieben hat, das war hier für sehr viele eine Erleuchtung. Der Postismus lag hier in der Luft, der Abschied von Geschichte, der Abschied von Politik und das heißt auch Abschied von der verdichteten Form des politischen Denkens, nämlich des strategischen Denkens. Und das kommt jetzt wieder. Das

⁹ Gemeint ist: Jean-François Lyotard: Das postmoderne Wissen. Wien: Böhlau, 1982.

ist auch meine eigene Entwicklung, daß ich mich immer mehr mit Denkern des 17. Jahrhunderts beschäftige, weil damals Erfahrungen in einer Intensität gemacht und theoretisch verarbeitet wurden, die, wie ich fürchte, zum Teil schon unsere sind und unsere werden. Das steht im Hintergrund dessen, was ich hier meinte mit „Militarisierung des Denkens“. Daß es mich auf einmal interessiert hat, einen Autor wie Clausewitz zu lesen. Was mich in den Siebziger Jahren nicht interessiert hätte, ganz einfach. Auf einmal habe ich ihn hochinteressant gefunden. Ich fordere aber keine Militarisierung; ich habe überhaupt keine Sympathien dafür. Es geht mir darum, sich aus dieser verlogenen Position herauszugeben. Wir lassen überall journalistisch Armeen aufmarschieren, vor allem am Balkan. „Wann marschierst endlich die NATO? Die NATO macht schon wieder nichts.“ Ununterbrochen wurde in den Zeitungen angeklagt: „Der Westen läßt sich dieses bieten, der läßt sich jenes bieten, und die NATO macht nichts. Unfähig sind sie!“ – Aber zugleich: „Wir sind neutral. Wir sind lieb und klein und wir waren immer schon die Opfer.“ Und dann wird mir umgekehrt vorgeworfen, das sei eine ideologische Vermännlichung, wenn ich sage: „Dann zieht die Konsequenz, dann schickt aber eure eigenen Söhne und nicht unbedingt die Franzosen.“

Ich will aus dieser rosa Wolke heraus, aus dieser Selbsteffeminierung und Selbstinfantilisierung. Die Formel „das kleine Land“, sie kommt über Jahrzehnte in jeder Politikerrede vor. Das war keine schlichte Information über quantitative Parameter, über die Quadratkilometer, über die Einwohnerzahl, über das Bruttonationalprodukt. Von einem dänischen oder von einem holländischen Politiker haben Sie das nicht gehört. Sie haben es von einem Österreicher gehört. Überall in der Welt hat man erzählt, was für ein kleines Land das wäre.

Einer der politisch interessantesten Skandale der zweiten Republik war nicht der Waldheimskandal, sondern der Weinskandal. Damals hat wirklich die ganze Welt aufgeschrien. Und was ist in Wirklichkeit passiert? Ausländische und inländische Weintrinker sind betrogen worden. Sie haben, wenn sie zuviel getrunken haben, auf das Glykol Kopfweh bekommen. Das war alles. Zur gleichen Zeit gab es auch in Italien einen Weinskandal. Nur die haben das mit Methyl gemischt. Da gab es Blinde und da gab es Tote. Aber das war bei weitem nicht, international gese-

hen, so ein Skandal wie der österreichische. Warum diese Disproportionalität in der Reaktion? Meine These ist die: Damals ist ganz deutlich diese rosarote Maske der Harmlosigkeit heruntergefallen. Dieses Kindchenschema wurde auf einmal zerstört. Man mußte zur Kenntnis nehmen, daß es hier auch Verbrecher gibt, wie überall. In Italien gehört das organisierte Verbrechen zum selbstverständlichen Image des Staates. Daß es dort eine Mafia gibt, das haben wir damals gewußt. Heute wissen wir es noch mehr. Aber in Italien war das kein Problem des Images. Ich war damals Beamter und da sind alle herumgerannt und haben gesagt: „Unser *imitsch!* wir brauchen ein neues *imitsch*, ein *imitsch!*“ Und was war das für ein „*imitsch*“? Das war das „*imitsch*“ des kleinen, überfallenen, harmlosen, nicht ganz erwachsenen Staates. Selbst bei Grillparzer finden Sie das: „Zwischen dem Kind Italien und dem Manne Deutschland liegst du der wangenrote Jüngling ...“ Das zieht sich rauf und wird in der zweiten Republik zur Staatsideologie. Das finde ich unerträglich und ekelhaft. Und was mit der Neutralität gemacht wurde, das halte ich ebenfalls für einen ekelhaften Zirkus. In Wahrheit war sie, wie jeder weiß, der Preis für den Staatsvertrag. In Wahrheit war es gerade die SP, die damals nicht dafür war. Auch in der Bevölkerung war man nicht wirklich dafür. Es war ein Preis und in der Zwischenzeit wurde das ideologisiert und kein Mensch denkt mehr daran! „Das hat unsere Sicherheit garantiert“. Nichts hat das garantiert. Krieg hat es keinen gegeben. Das war alles!

ZEITRAUM:

Das sei unbestritten. Wir glauben, daß niemand unter jenen, die jetzt für die Neutralität plädieren, sich der Sachlage nicht bewußt ist, daß sie ein politisches Konstrukt war. Die Frage ist, ob man die Neutralität als Konzept aktualisieren kann, ohne sie aufzugeben.

Rudolf Burger:

Ich war schon sehr skeptisch dem ganzen Konzept der aktiven Neutralitätspolitik gegenüber. Weil ich das für ein Oxymoron halte. Die Schweiz ist hier konsequent gewesen. Die Schweiz hat einen konsequenten Neutralitätsstatus gehabt und hat ihn nach wie vor, obwohl auch dort jetzt diskutiert wird. Aber was soll das heißen? Neutralität

heißt doch nicht nur, keinem Militärbündnis anzugehören und keine ausländischen Stützpunkte auf dem eigenen Territorium zu haben. In der gesamten klassischen Verwendung des Begriffs heißt es auch: Urteilsenthaltung. In einer zunehmenden Medialisierung der Öffentlichkeit heißt das Epoche, also Zurückhaltung des Urteils, in zunächst einmal ideologisch geführten Konflikten. Ich glaube nicht, daß in irgend einem anderen europäischen Land so lautstark für eine militärische Intervention am Balkan geschrien wurde wie hier. Ich finde das als Staatsbürger unerträglich, muß ich sagen. Ich finde das unappetitlich. Dann sollen sie die Konsequenzen ziehen. Das sind eher ästhetische Argumente. Aber wenn ich einen Vertrag unterschreibe, wie jetzt die Mitgliedschaft bei der EU, wo Maastricht integrierender Bestandteil ist, und wo eine gemeinsame Außenpolitik und Sicherheitspolitik – und das heißt Militärpolitik – angestrebt wird, dann ist es doch zutiefst verlogen, zu sagen, hier bin ich neutral. Wie soll das gehen? Ich habe darüber nachgedacht. Die einzige saubere Möglichkeit erscheint mir die, daß man einen formellen Akt setzt, so wie man es damals, '55, übrigens ohne Volksabstimmung, gemacht hat. Nichts zwingt dazu, eine Volksabstimmung zu machen, um das dann wiederum zu hysterisieren, damit wiederum irgendwelche Zeitungszaren ihre Süppchen kochen dabei. Das reicht mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament. Aus. Dazu gibt es schließlich eine repräsentative Demokratie.

Um Ihre nächste Frage vorwegzunehmen: Ich glaube, daß es im Interesse des österreichischen Staates, daß es im Interesse eines Kleinstaates in Europa liegt – Sie können mich fragen warum ich mir das überhaupt überlege, weil es mir halt Spaß macht –, daß eine amerikanische Präsenz in Europa aufrechterhalten wird. Und die garantiert zunächst einmal und vor allem die NATO. Einem rein europäischen Militärbündnis würde ich mit sehr viel Mißtrauen entgegenblicken. Und daher würde ich jetzt eher eine Politik begrüßen, die hier offensiv wird. Und zwar offensiv, vis-à-vis der NATO.

ZEITRAUM:

Sie würden einen NATO-Beitritt mit dem Renversement des Alliances vergleichen,¹⁰ wobei dieses nichts weiter war als einer der Ausgangspunkte für den siebenjährigen Krieg, eine weitere Übung in der politisch-militärischen Technik der Neuzeit. Könnte man sich einen NATO-Beitritt überhaupt anders vorstellen als einen Akt der Kriegsvorbereitung? Was ist so wünschenswert an der von Ihnen vorhin erwähnten „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ von europäischen Staaten, wo doch unbestritten ist, daß der Begriff der „Sicherheit“ in den letzten Jahren vor allem zur Kriegsvorbereitung gegen innere und äußere Feinde konstruiert wird, wie etwa gegen den „Terrorismus“, gegen das „organisierte Verbrechen“, oder gegen den Islam. Was macht es wünschenswert, daran teilzunehmen?

Rudolf Burger:

Die Antwort ist zweifach. Sie ist zunächst einmal wünschenswert unabhängig von allen Inhalten, um – und das ist mein Hauptinteresse, mein Hauptargument – als internationaler Vertragspartner ernstgenommen zu werden. Ich halte das für die politisch-logische Konsequenz aus dem EU-Beitritt, um hier nicht irgendeinen Sonderweg zu gehen. Zum Zweiten: Ich sehe hier keine Kriegsvorbereitung. Schon gar nicht sehe ich sie gegen innere Feinde. Daß jede Armee auch als Bürgerkriegsarmee eingesetzt werden kann, da bin ich der erste, der das unterschreibt, das weiß ich sehr wohl, aber ich sehe hier nicht eine Vorbereitung zu einem Bürgerkrieg in Zentraleuropa, vielleicht bin ich naiv. Ich sehe sie auch nicht als ein offensives Instrument für eine offene Kriegsvorbereitung. Ja, selbstverständlich ist jede Armee Kriegsvorbereitung. Das liegt in der Natur der Sache. Potentiell ist sie eine Kampforganisation, ist sie ein Vernichtungsinstrument. Potentiell ist jede Armee selbstverständlich Kriegsvorbereitung. Ja. Aber wenn ich sage „Kriegsvorbereitung“, dann schwingt ja mehr mit. Dann schwingt mit, daß hier politisch ein Krieg vorbereitet wird, und das sehe ich nicht.

Wissen Sie, da kommen sicherlich auch unterschiedliche individuelle Erfahrungen hinzu und sind wichtig. Ich mache das nicht zum Hauptar-

¹⁰ Vae neutris! In: In der Zwischenzeit, S. 28.

gument, aber ich versuche hier gewisse Sensibilitäten und gewisse Sympathien und Antipathien zu erklären, die auch prärationale, nicht irrationale, aber prärationale sind: Viele von meinen Freunden, die jünger sind, sind politisch sozialisiert worden in einer Zeit des kalten Krieges und insbesondere des Vietnamkriegs, und für diese ist die NATO das Schreckgespenst. NATO ist Amerika und Amerika ist Vietnamkrieg. Also diese emotive Assoziationskette gibt es. Ich bin ein bisschen älter und ich habe noch gute Erinnerungen an die Kriegszeit und für mich und für meine Eltern war der Nachbar der Nazi, war der Nachbar der Feind, weil der war der Nazi und der übernächste, das war auch der Feind, das waren die Nazi. Also die, mit denen wir im Keller gesessen sind, bei den Bombenangriffen, daß waren für mich emotiv die Feinde, währenddem die amerikanischen Bomber meine Bomber waren. Also so lernt man, wenn Sie so wollen, Dialektik von klein auf. Ich habe mir bei den Bombardements auch in die Hosen geschissen und trotzdem wußte ich, daß waren meine Bomber. Also die Angst-Lust bei dem Gebrumme und bei einer Sirene, die habe ich heute noch im Leib. Aber das waren jene, die die Nazis – und die Rote Armee, natürlich, das muß man auch einmal dazu sagen – zum Verschwinden gebracht haben. Und nicht die Österreicher. Und nicht die Deutschen. Als ich die ersten GIs gesehen habe, die haben so etwas angenehmes Ziviles gehabt. Die haben den Krieg geführt wie ein industrielles Unternehmen und das war nach dem ganzen faschistischen Pathos, das ich als Kind erlebt habe, eine ungeheure Erlösung. Deswegen habe ich zur NATO eine ganz andere emotive Beziehung als es wahrscheinlich viele einer Generation haben, die zehn Jahre jünger ist als ich.

Kriegsvorbereitung ..., sicher, diese Kriegsvorbereitung hat es über 50 Jahre gegeben. Vor über einem Jahr, glaube ich, hat die NATO die ersten verrosteten MIGs abgeschossen. Bisher zumindest war die NATO im Ergebnis wahrscheinlich das friedlichste Militärbündnis der Geschichte.

Ich bin allerdings strikt – auch da wirft man mit amoralischen Positionen vor, sei's drum – für eine mögliche Zurückhaltung in Interventionismen. Wobei, auch da soll man nicht so tun. Ich kann mich noch gut erinnern, bei der Debatte um den Golfkrieg. Diese blöden Bemerkungen: „Ja, wenn's am Balkan Öl gäbe, hätten sie schon lange eingegriffen.“

Natürlich! Das sind die gleichen Leute, die bei der Heizung sitzen und die nicht wissen, was das heißt für einen Industriestaat, wenn tatsächlich die Ölzufuhr abgeschnitten werden sollte. Das ist eben nicht nur Öl, das ist eben auch Blut. Das meine ich mit schlechter Moralisation. Die gleichen Leute, die jahrelang mit dem Palästinensertuch herumgerannt sind, haben nicht die geringste Sensibilität gehabt für die Bedrohung Israels durch die SCUD-Raketen. Die haben geschrien: „Was für ein Imperialismus! Da marschiert wieder einmal der Weltpolizist auf!“. Ja, hat er. Aus eigenem Interesse, aus dem Interesse der Industriestaaten als solchen und auch im Interesse eines Landes wie Israel. Dann kann man weiterreden. Natürlich auch aus Äquilibrium. Natürlich auch, um hier ein Gegengewicht möglicherweise zu halten gegen den Iran. Aber da kommen wir in die politische Spekulation. Aber jedenfalls kommt man bald einmal raus aus solchen moralischen Phrasen. „... weil es am Balkan nur Tomaten gibt und kein Öl.“ Na sicher. Wenn ganz Europa abhängig wäre von den Öllieferungen aus Bosnien, dann hätte natürlich die NATO interveniert. So ist das Leben, so ist die Geschichte, so ist die Historie.

ZEITRAUM:

Der Vorwurf der Feindbildkonstruktion betrifft nicht nur die NATO, sondern auch bestimmte Institutionen der EU, Stichwort Schengener Abkommen, Stichwort „Militarisierung an den Außengrenzen“. Der Begriff „Festung Europa“ dürfte sehr wohl einen wahren Kern besitzen; einem Staat wie Italien wurde ja bereits vorgeworfen, die Außengrenzen nicht ausreichend zu „sichern“. Auch in Österreich geht es um den Ausbau der Grenzanlagen. Es geht also auch um die Schaffung verstärkter Überwachungsstrukturen.

Rudolf Burger:

Also da möchte ich eher leise antworten, denn ich muß Ihnen sagen, da weiß ich auch zu wenig. Damit habe ich mich relativ wenig beschäftigt. Einerseits erscheint es mir als eine Selbstverständlichkeit – ohne, daß ich jetzt die quantitative Politik verteidigen möchte, zu der möchte ich überhaupt nichts sagen, weil ich wenig darüber weiß, da gibt es sehr viele, die sich permanent damit beschäftigen – aber es ist eine Selbst-

verständlichkeit, wenn sie eine politische Formation aufbauen, wo sie die Innengrenzen fallenlassen, daß sich die Grenzkontrollen auf die Außengrenzen legen. Das erscheint mir als Selbstverständlichkeit und da sehe ich kein grundsätzliches Problem darin.

Ich sehe eine grundsätzliche Naivität darin, zu meinen, daß sie, wie die Welt jetzt ist – und ich sehe auf absehbare Zeit nicht, daß sie sich hier grundsätzlich ändern sollte –, die Grenzen grundsätzlich aufmachen können. Ich sehe es aus ökonomischen Gründen, ich sehe es aus sozialen Gründen nicht, ich sehe nicht, wie es möglich sein soll, einen Sozialstaat aufrechtzuerhalten bei gleichzeitiger, vollkommener Permeabilität der Grenzen. Ich verteidige jetzt in keiner Weise die einzelne Fremdengesetzgebung, da will ich gar nichts Großes sagen. Aber diese Formel von der „Festung Europa“ sehe ich eigentlich nicht wirklich gedeckt, ich sehe eher einen politischen Voluntarismus, die EU möglichst rasch nach Osten zu erweitern, wenn es auch große Zweifel gibt, wie das ökonomisch gehen soll.

ZEITRAUM:

„Festung Europa“ bedeutet ja nicht, daß Staaten, die die festgelegten Kriterien erfüllen, nicht in diese „Festung“ aufgenommen werden könnten. Aber auch da wäre der Druck auf diese nicht der EU zugehörigen Staaten, eine möglichst restriktive Zuwanderungspolitik auszuführen, vorhanden. Sie müßten und mußten in vorauseilendem Gehorsam die Drittlandsregelung und Abschiebungen akzeptieren.

Rudolf Burger:

Ja, das finde ich schlimm. Aber da kann ich jetzt nicht differenziert was dazu sagen.

ZEITRAUM:

Sie sagen, Sie können die Fremdengesetzgebung natürlich nicht verteidigen, aber ist sie nicht integrativer Bestandteil der Europäischen Union? Wäre denn eine EU ohne restriktive Fremdengesetzgebung, die mehr oder weniger als rassistisch zu bezeichnen ist, vorstellbar?

Rudolf Burger:

Also, erstens würde ich mit dem Begriff „Rassismus“ ein bißchen vorsichtig sein. Das ist ein sehr erweiterter Begriff. Es ist nicht gleich alles Rassismus, was vielleicht fremdenfeindlich ist. Wenn es dann wirklich einen Rassismus wieder gibt, dann hat man das entsprechende Wort nicht mehr. Das gleiche gilt für den Begriff „Faschismus“. Das Zweite ist, daß ich nicht sehe, wieso das eigentlich ein spezifisches Ergebnis der europäischen Integrationspolitik ist und warum das nicht als rein staatliche Politik auch gemacht werden könnte und gemacht wurde und gemacht wird. Das ist an sich nichts EU-Spezifisches. Zum dritten: Ich stehe mit großem Mißtrauen dieser enormen Sentimentalisierung dieses Themas gegenüber. Und zwar aus dem Grund, weil ich mich noch sehr gut an die offizielle Darstellung der Flüchtlingspolitik vor '89 erinnere, und damals mit großem Ekel reagiert habe.¹¹ Da wurde jeder einzelne Flüchtling gefeiert wie ein Held, man hat sich ununterbrochen selber auf die Schulter geklopft. Da konnten gar nicht viel genug kommen, weil es eh wenige waren. Und auf einmal schlägt das um. Also wir haben in beiden Fällen eine sehr hoch emotionalisierte und ideologisierte Debatte. Ich würde hier eher für ein möglichstes Abkühlen plädieren.

Grundsätzlich meine ich, daß man vom Begriff her und auch in der politischen Praxis eine Migrationspolitik und eine Asylpolitik voneinander trennen muß. Wenn Leute verfolgt werden, zum Beispiel wirklich aus rassistischen Gründen, muß man auch große Massen aufnehmen. Als Juden aus Österreich und aus Deutschland flüchten mußten, wurden sie in vielen Staaten abgewiesen, ohne daß es eine EU gegeben hätte. Asyl vor Verfolgung sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Eine Migrationspolitik aber kann sich nur innerhalb bestimmter Quoten abspielen. Die Frage ist, wie groß die sind, wie groß die sein sollen, müssen, können, dürfen. Reden Sie mit einem Demographen, da reden Sie mit dem Rainer Münz, der weiß das viel besser als ich. Ich kann Ihnen nur grundsätzlich etwas dazu sagen, mehr weiß ich dazu nicht. Ich glaube nur, daß die Debatte hoch ideologisiert ist.

¹¹ Nachruf auf einen Helden. In: Überfälle, S. 27-30. Zuerst erschienen in: Der Standard, 19.6.1991.

ZEITRAUM:

Sie propagieren in Ihrem Aufsatz „In der Zwischenzeit“ einen resignativen Liberalismus. Nur sind Sie sich dessen ja nicht ganz sicher, wie der Untertitel „Das Problem als Lösung?“ nahelegt. Wäre nicht die Erarbeitung eines nichtreaktionären, antikapitalistischen, auf Modernität beharrenden Standpunktes und eine dementsprechende Politik ein wirkungsvolleres und realistischeres Mittel gegen manche der zerstörerischen Tendenzen der Moderne?

Rudolf Burger:

Der Untertitel „Das Problem als Lösung?“ hat einen ganz präzisen Sinn. Er macht darauf aufmerksam, daß die entscheidende Frontstellung in den letzten eineinhalb Jahrhunderten – zumindest in den hochindustrialisierten Ländern, aber das hat auf die ganze Welt Auswirkungen gehabt –, jene zwischen einem liberalen Kapitalismus und einer radikalen, nämlich sozialistischen Alternative war. Diese radikale, sozialistische Alternative hat sich als die Lösung der Probleme, die im Kapitalismus real emergiert werden, verstanden. Jetzt, nach '89, ist diese Alternative zutiefst delegitimiert. Sie können noch immer von einem Sozialismus als nicht-operationalisierten Begriff oder als Wort schwärmen, aber, wie Hegel sagt, was das Individuum in seiner Einzelheit sich ausspinnt, darauf kommt es in der Wirklichkeit freilich nicht an. Geschichtsmächtige Ideen, die auch – um Marx zu paraphrasieren – die Massen ergreifen und die glaubwürdig über den erreichten Status an Freiheit hinausweisen, – den eben jene Gesellschaften, die in dieser Klammer „liberale Gesellschaften“ zusammengefaßt werden, besitzen – die sind nicht sichtbar. Die sind real nicht da. Deswegen sage ich: Das, was das Problem war, wird jetzt als Lösung angegeben. Und zwar welthistorisch. Das ist die Lage. Ich sage nicht, daß dieser Zustand unproblematisch ist. Aber eine fundamentale, eine radikale Alternative, die unsere Erwartungen an individueller Freiheit und an Liberalität befriedigen könnte, die ist nicht sichtbar. Aber ich sage nicht, daß das Ende der Geschichte da sei. Die Geschichte ist als Projekt zu Ende gegangen; nicht aber als Realgeschichte. Möglicherweise entsteht das wieder neu. Für sehr wünschenswert halte ich es nicht.

ZEITRAUM:

Die Opfer der gegenwärtigen „Lösung“ üben sich nicht in die von Ihnen verlangte Entfremdung ein, sondern verfallen der Sinnsuche, haben Erlösungshoffnungen und werden „fundamentalistisch“. Es ist also sehr wohl möglich, daß zu dieser „progressivsten“ aller Gesellschaften Alternativen gefunden werden, die – bleibt man der Teleologie verhaftet – einen „Rückschritt“ bedeuten würden.

Rudolf Burger:

Ja. Und ich glaube zum Beispiel nicht, daß diese Bewegungen, die Sie als fundamentalistische oder religiös-fundamentalistische zusammengefaßt haben, notwendigerweise deshalb scheitern, weil sie mit der technisch-ökonomischen Moderne in einen immanenten Konflikt kommen. Diese These haben wir ja lange gehabt und sie ist auch eine These des Marxismus. Daß die Modernisierung der Produktivkräfte die Produktionsverhältnisse umwälzt und notwendigerweise auch zu einer Modernisierung des Überbaus führen werde. Ich stehe dieser These zunehmend skeptisch gegenüber. Das mag in einem bestimmten Abschnitt oder einer Region der Weltgeschichte der Fall gewesen sein. Aber in dem, was gegen die ökonomischen Zentren heute Peripherie ist, ist auch eine ganz andere Entwicklung möglich. Ich glaube, daß eine „halbierte Moderne“ durchaus möglich ist, eine technologisch hoch rationalisierte, die, aus unserer Sicht, in moralischen Termini eine reaktionäre und repressive Gesellschaft ist. Also, daß man da auf die Selbstheilungskräfte der Ökonomie vertraut, da würde ich skeptisch sein. Ich glaube, daß eine solche Position eines in moralischer Hinsicht nihilistischen Bewußtseins, einer ontologischen Sinnlosigkeit von der Masse der Menschen wahrscheinlich nicht aushaltbar sein wird und daß es zu einer Wiederdurchsetzung von religiösen Befindlichkeiten, Konstrukten und Lehren kommt. Der Nennung verlangt das ja schon. Das ist noch unernste Spielerei; daß dieses Spiel aber überhaupt möglich ist, ist pikant. So etwas kann als Bewegung auch bei uns kommen, natürlich. Da wird man versuchen, sich mit Händen und Füßen zu wehren. Das ist aber kein großes historisches Projekt.

ZEITRAUM:

Wir danken für das Gespräch.

Auswahlbibliographie Rudolf Burger:

Fortschritt. Aufstieg und Fall eines Begriffs. Bemerkungen nach Walter Benjamins Thesen „Über den Begriff der Geschichte“. (=Klagenfurter Beiträge zur Philosophie. Reihe: Referate 5). Wien: Verlag des VWGÖ, 1982

Vermessungen. Essays zur Destruktion der Geschichte. Wien: Sonderzahl, 1989

Abstriche. Vom Guten. Und Schönen. Im Grünen. Wien: Sonderzahl, 1991

Überfälle. Interventionen und Traktate. Wien: Sonderzahl, 1993

In der Zwischenzeit. Adnoten zu Politik und Philosophie. Wien/New York: Springer, 1996

Forschungseinrichtungen**Österreichisches Lateinamerika-Institut**

Das österreichische Lateinamerika-Institut (LAI) wurde 1965 vom gleichnamigen Verein unter der Präsidentschaft von Prof. Etta Becker-Donner „zur Förderung von Kontakten zwischen Österreich und Lateinamerika auf allen Gebieten“ gegründet. Zu seinen Aktivitäten gehörten von Anfang an Entwicklungshilfeprojekte, Veranstaltung von Sprachkursen und Konferenzen (Lateinamerika-Tag), später auch Herausgabe von Publikationen (Zeitschrift für Lateinamerika – Wien), Stipendienvergabe an lateinamerikanische Studenten in Österreich, Durchführung eines umfangreichen Vortragsprogramms, Betreuung des einjährigen „Lehrgangs für Höhere Lateinamerika-Studien“ sowie Sammlung und Dokumentation von Informationen über Lateinamerika. Das LAI, das sich seit letztem Jahr in der Schlickgasse 1 (1090 Wien, schräg gegenüber der Rossauer Kaserne) befindet, wird derzeit insbesondere vom Bundeskanzleramt, sowie von einigen weiteren öffentlichen Stellen gefördert, erwirtschaftet aber den Hauptteil seines Budgets durch Einnahmen aus Sprachkursen, Veranstaltungen und Publikationen.

Die Bibliothek und Dokumentationsabteilung des LAI besteht seit Ende 1973. Sie ist praktisch die einzige auf den iberamerikanischen Raum spezialisierte Bibliothek in Wien und empfiehlt sich daher für alle, die über lateinamerikanische Themen forschen oder einfach an Lateinamerika interessiert sind. Insgesamt hat die Bibliothek (Stand Ende 1994) 1260 registrierte Benutzer, von denen laut einer institutseigenen Berechnung im Schnitt fünf pro Tag ihre Einrichtungen nutzen.

Den Besuchern stehen etwa 11.000 Bücher und 276 wissenschaftliche Zeitschriften zur Verfügung. Unter den vorhandenen Zeitschriften wären etwa – willkürlich ausgewählt – zu nennen: *Iberoamerikanisches Archiv*, *ILA*, *Lateinamerika-Nachrichten*, *Lateinamerika-Analysen-Daten-Dokumentation*, *Journal of Latin American Studies*, *Latin America Weekly Reports*, *Latin America Research Review*, *Cahiers du Brésil Contemporain*, *Actualidad Colombiana*, *América Latina Hoy*, *Anuario*